

HAUPTVERBAND
DER LAND- UND FORSTWIRTSCHAFTSBETRIEBE
ÖSTERREICHS

6/SN-140/ME
Wien, am 10. Mai 1985
1010, SCHAUFLERGASSE 6/V, TELEFON 63 02 27
TELEGRAMMADRESSE PRIVATFORSTE WIEN

Zl. 573-40 Dr.B/Z

Betrifft: Ihre GZ 810 018/4-V/1a/85;
Entwurf 2. Datenschutzgesetznovelle 1985

An das
Bundeskanzleramt

Ballhausplatz 2
1014 W i e n

BEZUGSNUMMER: 38
Datum: 15. MAI 1985

Verteilt 21. Mai 1985 *gok*

St. Atzwanger

Der Hauptverband dankt für die Gelegenheit zur Stellungnahme zu dem Begutachtungsentwurf einer 2. Datenschutzgesetznovelle 1985 und gibt diese wie folgt ab.

Gleichzeitig wird das Präsidium des Nationalrates durch Übersendung von 25 Ausfertigungen verständigt.

Grundsätzlich anerkennt der Hauptverband die Berechtigung des Anliegens, für wissenschaftliche Untersuchungen und statistische Erhebungen einen Interessenausgleich mit dem individuellen Anspruch auf Datenschutz zu finden und in das Datenschutzgesetz aufzunehmen. Wie aber in den Erläuterungen betont wird, kommt dem Recht auf Datenschutz ein höheres Gewicht zu, will man nicht praktisch auf ihn verzichten.

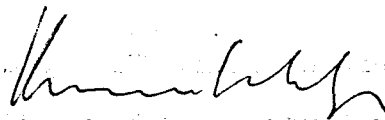
In diesem Sinne sind nach Meinung des Hauptverbandes aus § 51b und aus § 51h die jeweils zweiten Sätze zu streichen.

Die vorgesehene Information über Bestehen oder -fast ausnahmslos- Nichtbestehen der Auskunftspflicht erscheint so wesentlich, daß darauf nicht verzichtet werden kann. Die bloße Befürchtung, daß durch Verweigerung einer Antwort oder allenfalls falsche Antwort die Untersuchung gefährdet werde, darf kein Anlaß sein, diese Information erst in Nachhinein - dann also sinnlos - zu geben. Die nachträgliche Mitteilung, man hätte nicht antworten müssen, kann von den Betroffenen höchstens als Hohn aufgefaßt werden, weil sich ja daran keine Mög-

lichkeit des Verbotes der Weiterverarbeitung der bereits gegebenen
Auskünfte knüpft.

Sowohl im statistischen als auch im wissenschaftlichen - etwa medizinischen -
Bereich hält der Hauptverband die vorherige Information und Entscheidung
der Betroffenen zur Mitwirkung oder Weigerung für unverzichtbar, soll
überhaupt ein Recht auf Schutz individueller Daten realisiert werden.

In vorzüglicher Hochachtung



Generalsekretär